



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

16. Jahrgang, Nummer 01 / 2019

\*\*\*\*\*

### **Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,**

der neue BBU-Newsletter ist fertig – randvoll mit Informationen, Berichten und Terminhinweisen. Und natürlich gibt es wieder eine Bitte um eine Spende zur Unterstützung des BBU. Jeder gespendete Euro unterstützt die engagierte Arbeit des BBU!

**BBU-Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.** Und auf der BBU-Frühlings-Wunschliste steht der Wunsch nach weiteren BBU-Mitgliedern: Initiativen, Verbände, Privatpersonen ... Sie alle finden bei Interesse hier die passenden BBU-Aufnahmeanträge: <https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Bitte fragt Freundinnen und Freunde und Euch bekannte Initiativen, ob sie nicht auch dem BBU beitreten möchten.

Frühlingsgrüße vom BBU-Vorstand, von der BBU-Geschäftsstelle und von der BBU-Newsletter-Redaktion

### **Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

#### **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen einfach eine E-Mail an den BBU senden.

### **Themenbereiche**

#### **Artenschutz**

##### **Tag des Artenschutzes**

Der Internationale Tag des Artenschutzes wird bereits seit 1973 begangen. Seitdem wird jährlich anlässlich dieses Tages am oder um den 3. März auf den dringend notwendigen Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten hingewiesen.

Der BBU betont, dass natürliche Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten ständig knapper werden. Deutlich spürbar sind in der Folge beispielsweise der Rückgang der Insekten und damit verbunden der Rückgang der Singvögel. Da vorhandene Frei-Flächen nicht vermehrt werden können, ruft der BBU zum sparsamen Umgang mit Flächen auf. Feucht- und Streuobstwiesen, aber auch Hecken, Baumgruppen und schützenswerte Brachflächen, müssen vor der Bebauung bewahrt werden. Zur Reduzierung flächenintensiver Straßenbauprojekte fordert der BBU die Ausweitung des Bus- und Bahnverkehrs. Aus Sicht des BBU muss es gelingen, dass wieder mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagert wird.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 01.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/01.03.19.pdf>



##### **BBU: Bürgerinitiativen tragen zum Schutz der Wälder bei**

Am internationalen Tag des Waldes (21. März 2019) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut den verstärkten Schutz der heimischen Wälder sowie auch der internationalen Waldgebiete gefordert. Mit seiner Forderung unterstreicht der BBU den Wert der Wälder für das Klima, für die Artenvielfalt und als Erholungsbereich. Gleichzeitig unterstreicht der BBU die Bedeutung von Bürgerinitiativen zum Schutz der Wälder. Seit Ende der siebziger Jahre wird der 21. März als "Internationaler Tag des Waldes" begangen, um auf die drohende Vernichtung immer größerer Waldflächen hinzuweisen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 21.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/21.03.19.pdf>

## Atomenergie

### **8 Jahre Fukushima – Atomausstieg ist bundesweit und international dringend notwendig**

Anlässlich des 8. Jahrestages des Beginns der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan, 11. März 2011) forderte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut den sofortigen Atomausstieg in der Bundesrepublik und auch international. Gleichzeitig rief der BBU zur Teilnahme an einer der zahlreichen Protest- oder Gedenkveranstaltung auf. „Die wachsenden Atommüllberge unterstreichen, dass der Betrieb aller AKW und Uranfabriken unverzüglich gestoppt werden muss“, betonte BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz am 7. März 2019 in einer BBU-Pressemitteilung.

Vollständiger Text der Pressemitteilung unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/07.03.19.pdf>

### **Kritik an Bundestagsbeschluss / Karfreitag wieder Ostermarsch zur Gronauer Uranfabrik**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert massiv den Bundestagsbeschluss, dass die umstrittenen Uranfabriken in Gronau und Lingen unbefristet weiter laufen sollen. Am Donnerstag (14. März 2019) hat eine große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten Stilllegungsanträge der Linksfraktion sowie der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung wird sich weiterhin mit Nachdruck für die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage und der Brennelementefabrik in Lingen einsetzen. Schon jetzt rufen u. a. der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der BBU zur Teilnahme an einem Ostermarsch auf, der Karfreitag (19.4.19) wieder vom Gronauer Bahnhof zur Urananreicherungsanlage führen wird. Auftakt ist um 13 Uhr am Bahnhof. Zuvor treffen sich bereits am 7. April traditionell Anti-Atomkraft-Initiativen aus verschiedenen Orten zum monatlichen Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage. Und in Lingen wird weiterhin mit der „Lingen-Resolution“ die sofortige Stilllegung der Brennelementefabrik und des AKW Emsland gefordert. Mit dem Elternverein Restrisiko Emsland, weiteren Initiativen aus dem Weser-Ems-Bereich und der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPNW) haben bereits mehr als 350 Initiativen und Verbände die Resolution unterschrieben.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 15.03.2019. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/15.03.19.pdf>

### **„Ahauser Erklärung“:**

#### **Schon über 10.000 Unterschriften / BBU unterstützt Atommüll-Protest**

Schon mehr als 10.000 Menschen aus Ahaus und dem Münsterland, aber auch aus anderen Regionen, sowie über 40 Organisationen, haben bereits die „Ahauser Erklärung“ unterschrieben. Die Erklärung richtet sich u. a. gegen den drohenden Transport weiterer Castor-Atommüllbehälter nach Ahaus und gegen die Entfristung der Genehmigungsdauer für die Lagerung von schwach- und mittelaktivem Abfall in Ahaus. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in dem auch die Ahauser Bürgerinitiative organisiert ist, hat ebenfalls die „Ahauser Erklärung“ unterschrieben und ruft auch weiterhin dazu auf, die Erklärung zu unterschreiben. Die Erklärung kann direkt im Internet unterschrieben werden oder herkömmlich auf Unterschriftenlisten. Mehr dazu unter <https://ahauser-erklaerung.de>.

Am 9. März 2019, wenige Tage vor dem 8. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe, haben rund 1400 Menschen in Ahaus gegen die drohenden Castor-Atommülltransporte nach Ahaus und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen demonstriert. Fotos der Demonstration unter <https://atommuell-protest.de>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 19.03.2019. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/19.03.19.pdf>

### **taz: Versuchte Urenco-Umfeld Bundestag zu täuschen?**

#### **- Friedensnobelpreisträgerin ICAN wurde diskreditiert**

#### **- Urananreicherer setzt auf Expansion in zivil-militärischem Bereich**

Regionale Anti-Atomkraft-Initiativen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die internationale Ärzteorganisation IPPNW reagieren empört auf die heute veröffentlichten Recherchen der taz. Im Oktober 2018 soll aus dem direkten Umfeld des Gronauer Urananreicherers Urenco versucht worden sein, die Abgeordneten des Umweltausschusses des Bundestags mit einem Schreiben zu täuschen, um das sehr magere friedenspolitische Ansehen der Urenco aufzupolieren und das Ansehen der Friedensnobelpreisträgerin ICAN zu diskreditieren. Die "dubiose Stellungnahme" (taz) enthält anscheinend in weiten Teilen falsche Angaben.

Auslöser war eine Stellungnahme von ICAN Deutschland gegenüber dem Umweltausschuss des Bundestags im unmittelbaren Vorfeld eines Experten-Hearings im Oktober 2018 zur möglichen Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. In der Stellungnahme warnte ICAN eindringlich vor den militärischen Gefahren der Urananreicherung. Nur wenige Stunden später erhielt der Umweltausschuss eine deutschsprachige Gegenstellungnahme des angeblichen US-Wissenschaftlers "Dr. Panto", zugestellt von einem "Uran-Institut". Dieses "Institut" steht nach den Recherchen aber in direktem Zusammenhang mit Dr. Andreas Kronenberg aus Schüttorf (15 km nördlich von Gronau). In Schüttorf ist Dr. Kronenberg Mitglied der örtlichen CDU,

in den USA gibt er sich aktuell bei der American Nuclear Society als Urenco-Mann aus mit einer Werks-Telefonnummer aus der UAA Gronau (Quelle: <http://desd.ans.org/officers/>). Laut Urenco arbeitet Kronenberg aktuell "nicht mehr" in Gronau. Noch Anfang des Monats wollte die Telefonzentrale der Urenco die taz jedoch durchstellen. Der Herr "Panto" erweist sich bislang als Phantom.

Link zum taz-Artikel: <http://www.taz.de/Urananreicherung-in-Gronau!/5579430>

Gemeinschaftliche Pressemitteilung vom 21.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/21.03.19.pdf>

## Atommüllkontroverse – Gorlebener Vertrauen auf dem Nullpunkt

Als „Atommüllnotstandsgesetz“ bezeichnet Wolf-Rüdiger Marunde das Standortauswahlgesetz. Das Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) war vom Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel zu einem Fachgespräch über das Suchverfahren zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle eingeladen worden. In seinem Vortrag kritisierte Marunde in erster Linie den unzureichenden Rechtsschutz für die betroffenen Bürger\*innen und die zu stark eingeschränkten Möglichkeiten der Menschen in den Standort-Regionen, sich am Auswahlprozess zu beteiligen. Sein Fazit: „Am sinnvollsten wäre ein wirklicher Neustart des Suchverfahrens. Zumindest muss das Gesetz grundlegend überarbeitet werden — so kann es nicht bleiben.“



Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, einer BBU-Mitgliedsorganisation, vom 24.03.2019. Vollständiger Text unter <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/03/24/atommuellkontroverse-gorlebener-auf-dem-nullpunkt>

## 40 Jahre nach Harrisburg

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. hat anlässlich des 40. Jahrestages der Reaktorkatastrophe im amerikanischen Atomkraftwerk (AKW) Harrisburg (28.03.1979) seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen bekräftigt. Der Weiterbetrieb der letzten Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende 2022 sowie der unbefristete Weiterbetrieb der Uranfabriken in Gronau und Lingen sind für den BBU nicht hinnehmbar. Der Verband ruft weiterhin zur Teilnahme an Protestaktionen gegen die Atomindustrie auf. Auch international spricht sich der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen für die sofortige Stilllegung aller AKW und Atomfabriken aus. <https://bbu-online.de>

Am 28. März 1979 hat sich in einem der beiden Blöcke des Atomreaktors Three Mile Island bei Harrisburg (Block 2) eine der bisher schwersten Atomkatastrophen ereignet, bei der es auch zur Kernschmelze gekommen ist. Der betroffene Block 2 ging nie wieder in Betrieb. Block 1 sollte eigentlich am 1. April 2014 endgültig stillgelegt werden, 2009 wurde jedoch eine Betriebsverlängerung bis 2034 genehmigt. Zwischenzeitlich zeichnet sich jedoch ab, dass Block 1 Ende September 2019 stillgelegt werden könnte.

Weitere Hintergrundinformationen zur Harrisburgkatastrophe:

[http://www.sphinxmedien.de/seiten/buecher/musik/Die\\_Frauen\\_von\\_Harrisburg.pdf](http://www.sphinxmedien.de/seiten/buecher/musik/Die_Frauen_von_Harrisburg.pdf)

<https://www.lifep.r.de/inaktiv/ecotrino-ev/40-Jahre-Atomkraft-Unfall-Three-Mile-Island-Block-2-bei-Harrisburg-USA-und-Folgen/boxid/745057>

Anlässlich des Harrisburg-Jahrestages weist der BBU auf seine Kooperation mit den Elektrizitätswerken Schönau hin, die garantiert Strom ohne Atomstromanteil anbieten. Informationen dazu unter <https://bbu-online.de/EWS/EWS1.htm> sowie auch telefonisch in der BBU-Geschäftsstelle, 0228-214032.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 27.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/27.03.19.pdf>

## Urananreicherung und Brennelementproduktion: Anti-Atomkraft-Initiativen fordern Auskunft - Schreiben an Umweltausschuss und Umweltministerin



Regionale Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern in zwei Schreiben an die Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Frau Sylvia Kotting-Uhl, sowie an Bundesumweltministerin Svenja Schulze Auskunft zu den aktuellen Problemen rund um die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementefabrik Lingen.

Im ersten Schreiben an den Bundestags-Umweltausschuss fordern die Anti-Atomkraft-Initiativen Auskunft zu dem letzte Woche bekannt gewordenen Versuch, mit einer fingierten Stellungnahme aus dem direkten Umfeld des Gronau Urananreicherers Urenco den Ausschuss im Vorfeld einer Öffentlichen Anhörung im

Oktober 2018 positiv für Urenco zu beeinflussen. Dabei wurde gleichzeitig die Friedensnobelpreisträgerin ICAN mit Falschaussagen diskreditiert.

Im zweiten Schreiben an die Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) erwarten die Initiativen u. a. Auskunft zum aktuellen Stand der regierungsinternen Prüfung für einen Exportstopp von angereichertem Uran und Brennelementen sowie zum aktuellen Stand der Untersuchungen zum Waffenfund in der UAA Gronau im August 2018, zu den Urenco-Plänen, jetzt deutlich höher angereichertes Uran einzusetzen, sowie zu den Konsequenzen aus dem Brand in der Brennelementefabrik Lingen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 29.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/29.03.19.pdf>

## Fracking / Gasbohren

### **BBU lehnt Verordnung zur Subventionierung von LNG-Terminals ab**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat sich im Rahmen der Verbändeanhörung des Bundes-Wirtschaftsministeriums klar gegen die „Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland“ ausgesprochen. Der Umweltverband kritisiert dabei, dass die gesetzte Frist von nur wenigen Tagen zur Stellungnahme ein Affront gegenüber den beteiligten Kreisen ist. In inhaltlicher Hinsicht lehnt der BBU die Verordnung ab, da hiermit LNG-Terminals subventioniert werden, mit deren Hilfe US-Präsident Donald Trump sein dreckiges Fracking-Gas nach Deutschland und in die EU exportieren kann.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es ist ein Skandal, wie die Bundesregierung Terminals für die Einfuhr von dreckigem US-amerikanischen Fracking-Gas ohne Rücksicht auf Verluste durchdrücken will. Dessen Gewinnung führt zu Grundwasserkontaminationen und Erdbeben. Und während in Deutschland die Förderung von Erdgas im Schiefergestein mit der Fracking-Methode vorläufig verboten ist, erweckt das Bundes-Wirtschaftsministerium den Eindruck, dessen Einfuhr aus den USA wäre ein Beitrag zur Energiewende. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht nur wird statt auf regenerative Energien weiter auf einen fossilen Energieträger gesetzt. Hinzu kommt, dass gefracktes US-Gas so klimaschädlich ist wie Kohle.“

(Zur Erläuterung: Bei LNG handelt es sich um Flüssigerdgas, liquefied natural gas).

Die BBU-Stellungnahme ist abrufbar unter <https://bbu-online.de> (Stellungnahmen).

Direktlink: <https://bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU%20Stellungnahme%20LNG.pdf>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 19.03.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/19.03.19.pdf>



## Gemeinnützigkeit sichern

### **Zivilgesellschaft ist gemeinnützig**

Eine vielseitige politische Zivilgesellschaft belebt unsere Demokratie. Sie fördert die Meinungsbildung und regt im Interesse des Gemeinwohls Debatten an. Sie gibt mehr Menschen die Chance, sich am gesellschaftlichen und politischen Geschehen zu beteiligen. Sie hilft, die Rechte, Meinungen und Interessen jener zu stärken, die selbst nicht laut genug ihre Stimme erheben können. Sie ist ein Korrektiv zu eigennützigem Lobby-Interessen und zu vorschnellen politischen Entscheidungen – Protest hat schon oft Fehlentscheidungen verhindert oder politische Entscheidungen besser gemacht. Demokratie braucht eine sich einmischende Zivilgesellschaft.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>

## Gentechnik

### **Den CRISPR-Wettlauf bremsen**

Führende Wissenschaftler\*innen befürworten einen vorübergehenden globalen Verzicht auf vererbbares Genome Editing beim Menschen. Eine solche Pause könnte den Raum für eine grundlegende Debatte über die Risiken der Technologie bieten.

Quelle und vollständiger Text: <https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/maerz-2019/den-crispr-wettlauf-bremsen>

## Gewässerschutz

### **Weltwassertag: Biologische Landwirtschaft und in Kläranlagen Vierte Reinigungsstufe fördern**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat anlässlich des Weltwassertages (22. März) von der Bundesregierung mit Nachdruck verstärkte Schutzmaßnahmen für das Grundwasser sowie für Oberflächengewässer wie Bäche und Flüsse gefordert. Nach Auffassung des BBU müssen Nitratbelastungen, Pestizideinträge und die Gefahren der Mikroschadstoffe und von Mikroplastik dringend eingedämmt werden. Mit dem Weltwassertag wird jährlich am 22. März auf die kostbare Bedeutung sauberen und ausreichend vorhandenen Wassers hingewiesen. Mit seinen Forderungen richtet der BBU das Augenmerk erneut auch auf die Landwirtschaftspolitik, die nach wie vor die Massentierhaltung mit der damit verbundenen intensiven Gülleausbringung fördert. „Mit der Biologischen Landwirtschaft gibt es Alternativen die verstärkt gefördert werden müssen. Außerdem benötigen wir schnellstens eine neue Landwirtschaftspolitik, die der Massentierhaltung sowie Glyphosat und anderen umstrittenen Stoffen eine Abfuhr erteilt“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.03.2019. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/22.03.19.pdf>

## Internationale Solidarität

### **Solidarität mit der russischen Umweltschutzorganisation Ecodefense**

Teilnehmer\*innen der 14. Atommüllkonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung, Anti-Atom-Initiativen und Einzelpersonen protestieren mit einer Petition gegen sich verschärfende, repressive Maßnahmen der Putin-Administration gegen die russische Nichtregierungsorganisation Ecodefense. Bereits im Juli 2014 hatte das russische Justizministerium die Umweltorganisation Ecodefense zu ausländischen Agenten erklärt.

Angesichts der verschärften Repression gegen Ecodefense rufen die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und ihr Dachverband, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), international Organisationen und Menschen zur Solidarität auf

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (eine BBU-Mitgliedsorganisation) und des BBU vom 18.02.2019. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/18.02.19.pdf>

## Klimaschutz

### **Klima schützen – Kohle stoppen. Bündnis protestierte bei der Frühjahrstagung der katholischen Bischöfe am 13. März in Lingen**

Dorfbewohner\*innen aus dem Rheinischen Revier, katholische Christinnen und Christen, Umweltschutzsowie Anti-Atom-Gruppen aus dem Münsterland und Kritische Aktionärinnen und Aktionäre protestierten am 13. März bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Lingen für die Erhaltung von Dörfern und Kirchen an den Tagebauen Garzweiler und Hambach.

Bei einer Kundgebung vor dem Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen überreichte das Bündnis den Bischöfen den „Appell katholischer Christen: Schöpfung bewahren! Kohleabbau stoppen! Hambacher Wald retten!“.

Hintergrundinformationen: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/12.03.19.pdf>

### **15. März 2019: Bundesweit über 200 Aktionen / BBU solidarisierte sich erneut mit den Jugendprotesten für den Klimaschutz und rief auch Erwachsene zur Teilnahme auf**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich anlässlich des internationalen Aktionstages am 15. März 2019 erneut mit den Jugendprotesten für den Klimaschutz solidarisiert. Der BBU begrüßt das Engagement für den Klimaschutz und für die Abschaltung der Kohlekraftwerke der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden. In weit über 200 Städten wurden alleine in der Bundesrepublik Deutschland Schulstreikaktionen durchgeführt. Der BBU rief auch Erwachsene zur Teilnahme und zur Unterstützung der Proteste auf. Mehr dazu in einer BBU-Pressemitteilung vom 14.03.2019 unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/14.03.19.pdf>



### **Fridays For Future**

Der Klimawandel ist längst eine reale Bedrohung für unsere Zukunft. Wir werden die Leidtragenden des Klimawandels sein. Gleichzeitig sind wir die letzte Generation, die einen katastrophalen Klimawandel noch verhindern kann. Doch unsere Politiker\*innen unternehmen nichts, um die Klimakrise abzuwenden. Die Treibhausgas-Emissionen steigen seit Jahren, noch immer werden Kohle, Öl und Gas abgebaut. Deswegen gehen wir freitags weder in die Schule noch in die Uni. Denn mit jedem Tag, der ungenutzt verstreicht, setzt ihr unsere Zukunft aufs Spiel!

Quelle und ausführliche Informationen: <https://fridaysforfuture.de>

## Tongerfahren

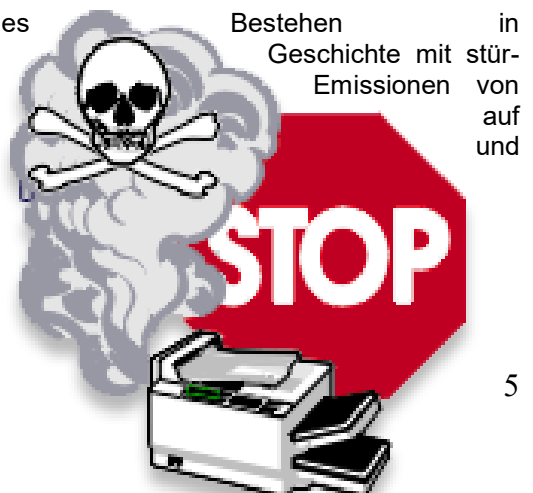
### **10 Jahre Stiftung nano-Control**

Am 21.04.2018 feierte die Stiftung nano-Control ihr 10-jähriges Ahrensfelde-Blumberg nahe Berlin. Der Rückblick zeigte eine mischen Zeiten: erste Studien gaben Hoffnung, die Wirkung von Laserdruckern auf den Menschen zu beweisen, Vorbereitung eine Sammelklage, Besuche im Bundestag, bei Herstellern Behörden. Es folgten Enttäuschungen, aber auch einen kontinuierlichen Aufbau von Wissen, viele, viele Medienberichte zum Thema mit dem Fazit, die Stiftung, speziell Achim Stelling wurden als Player in dem großen Spiel wahrgenommen.

Quelle und vollständiger Jahresbericht 2018 unter

<https://www.nano-control.org/jahresbericht-2018>

Nano-Control ist eine BBU-Mitgliedsorganisation. <https://www.nano-control.org>



## UVP-Recht

### **BBU rückt Probleme der Gasförderung in den Mittelpunkt der Anhörung zum Niedersächsischen UVP-Gesetz**

Auf der Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz des Niedersächsischen Landtags zum Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der vergangenen Woche hat der als Experte eingeladene Oliver Kalusch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die Probleme der Gasförderung in den Mittelpunkt seiner Ausführung gestellt. Der BBU fordert nicht nur die Ausweitung der UVP-Pflicht auf weitere Vorhaben, bei denen nach Gas gebohrt wird. Er betont auch, dass die materiellen Anforderungen erhöht werden müssen. Dazu bedarf es in einem ersten Schritt der Auswertung von Schadensereignissen und Prüfberichten von Sachverständigen. Die so gewonnenen Erkenntnisse können dann beispielsweise über eine Änderung der niedersächsischen Tiefbohrverordnung zu schärferen Anforderungen führen. Zur Anhörung hat der BBU eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Das UVP-Recht besitzt erhebliche Lücken. So besteht für Bohrungen zwischen 1.000 Metern und der Erdoberfläche häufig keine UVP-Pflicht. Die Probleme mit derartigen Bohrungen werden bei der Aufsuchung und Gewinnung von Kohleflözgas deutlich. So existieren in Australien große Probleme mit Absenkungen des Grundwasserstandes. Zudem kann freigesetztes Methan bis zur Oberfläche aufsteigen und Gewässer kontaminieren. Ebenfalls existiert keine UVP-Pflicht für Sauerogasbohrungen. Sauerogas kann erhebliche Mengen an Schwefelwasserstoff enthalten, das lebensgefährlich beim Einatmen ist. Das Unfallgeschehen zeigt, dass auch diese UVP-Lücke dringend geschlossen werden muss.“

Die Stellungnahme des BBU ist zu finden unter

[https://bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU%20Stellungnahme-Anhoerung-NUVPG\\_oU](https://bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU%20Stellungnahme-Anhoerung-NUVPG_oU)

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 14.01.2019. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/14.01.19.pdf>

## Verkehrspolitik

### **BUVKO - Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress 2019 in Darmstadt: „Mensch und Stadt in Bewegung“**

Der 22. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress BUVKO fand vom 15. - 17. März 2019 mit insgesamt 440 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Hochschule Darmstadt statt. Das Motto des Kongresses lautete „Mensch und Stadt in Bewegung“. Organisiert wurde der BUVKO wie stets von UMKEHR e.V. und FUSS e.V., Veranstalter vor Ort an der Hochschule Darmstadt war der Fachbereich Bauingenieurwesen - Schwerpunkt Verkehrswesen, sowie Verbände und Organisationen aus Darmstadt bzw. Hessen.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.buvko.de>

### **Alternativer Geschäftsbericht der Deutschen Bahn AG 2018**

Das Bündnis Bahn für Alle, dem auch der BBU angehört, hat Ende März 2019 den Alternativen Geschäftsbericht der DB veröffentlicht.

Hier der Bericht als PDF-Datei: <http://www.bahn-fuer-alle.de/media/.../AltGeschBer2018-19v.pdf>

Weitere Informationen unter <http://www.bahn-fuer-alle.de>

## **Termine (Auswahl)**

06. – 07.04.: Köln, attac-Frühjahrsratschlag,

<https://www.friedenskooperative.de/termine/attac-fruehjahrsratschlag-2019>

19.04.2019: Gronau, Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage, <https://ostermarsch-gronau.de>

19. – 22.04.2019: Bundesweit Ostermärsche, <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2019>

26.04.2019: 33. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe

28.04.2019: Protest- und Kulturmeile am AKW Brokdorf, <https://akw-brokdorf-abschalten.de>

Weitere Terminhinweise auf der BBU-Terminseite unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 01 / 2019, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 07.04.2019. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de) abbestellen.